

KURZ UND PRÄGNANT

Statt Sonntagsreden sind Taten notwendig

Zum Tag der Deutschen Einheit erklärte Fraktions- und Landespartei-vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow: „Das Ende der DDR und die deutsche Vereinigung haben eine demokratische Öffnung gebracht, einen Gewinn an Freiheit und Demokratie. Thüringen wird von einer rot-rot-grünen Koalition mit einem LINKEN Ministerpräsidenten regiert, auch das ein Zeichen von Normalität. Unsere Koalition gestaltet, trotz großer Herausforderungen. Wir haben in diesem Jahr bereits 500 Lehrer an staatlichen Schulen eingestellt und die Vertretungsreserve gestärkt. Mit dem Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor verstärken wir die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Gesellschaftliche Veränderung durch Politik ist möglich, das CDU-Mantra, es gebe keine Alternative zu ihrem Kürzungskurs, stimmt nicht. Allerdings wird Ostdeutschland weiterhin strukturell benachteiligt, wie die Ost-West-Unterschiede bei Löhnen, Gehältern und Renten zeigen. Das Grundgesetz postuliert die ‚Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse‘. Daran muss sich die Politik messen lassen. Statt Sonntagsreden benötigt die innere Einheit Taten.“ ■

Startschuss für das Landesprogramm

„Mit der Veröffentlichung der Richtlinie des Landesprogramms ‚Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit in Thüringen‘ wird jetzt der Startschuss für die Umsetzung eines Kernprojekts der rot-rot-grünen Landesregierung gegeben“, so MdL Ina Leukefeld. Dafür seien im Landeshaushalt in diesem Jahr noch zwei Millionen Euro und für die beiden Folgejahre jeweils 7,5 Millionen Euro geplant. „Die geförderten Arbeitsplätze sind auf gemeinnützige Aufgaben im sozialen und sozio-kulturellen Bereich, in der Kinder- und Jugendarbeit, bei der Begleitung von Senioren, Menschen mit Behinderung und Flüchtlingen sowie auf Natur- und Umweltschutz, Verbesserung der Infrastruktur und auf attraktive Städte und Dörfer zu richten. Das heißt, genau dort, wo keine wirtschaftliche Betätigung involviert und möglich ist.“ Dabei gehe es um längerfristige Beschäftigung bis 36 Monate auf Freiwilligkeitsbasis. Die Zuweisung der Langzeitarbeitslosen erfolge über die Jobcenter. „Wir versprechen uns mit dem Programm, das auf Langzeitarbeitslose, insbesondere ältere Menschen, orientiert, neue Möglichkeiten der Teilhabe an Arbeit.“ ■

„Brandreden werden zu Brandsätzen“

Susanne Hennig-Wellsow: Dies ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft

In Thüringen hat es am ersten Oktoberwochenende in zwei Unterkünften für Flüchtlinge gebrannt. Ein Gebäude war bewohnt (Turnhalle in Friemar, Landkreis Gotha), das andere in Bischhagen im Eichsfeldkreis sollte noch bezogen werden. Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung. Vor drei Wochen hatten Unbekannte in Gerstungen im Wartburgkreis eine für Flüchtlinge angebotene Wohnung angezündet. Wenige Tage zuvor brannten in Rockensußra (Kyffhäuserkreis) die Dachstühle von drei leerstehenden Gebäuden, in die Flüchtlinge einziehen sollten. Die Polizei geht auch dort von Brandstiftung aus.

In Friemar waren vier mobile Toiletten in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober angezündet worden. Sie standen unmittelbar an der Turnhalle, in der elf Flüchtlinge, sieben Kinder und vier Erwachsene, lebten. Das Feuer erfasste die Fassade der Turnhalle. Anwohner aus Friemar berichteten einem MDR-Reporter von dramatischen Szenen. Nachdem sie den Brand bemerkt hätten, seien sie mit Feuerlöschern zur Halle gerannt. Dort hätten die Dixi-Toiletten lichterloh in Flammen gestanden. Die völlig verängstigten und zitternden Flüchtlinge hätten sich hinter der Turnhalle versteckt. Die befragten Friemarler sagten, sie seien entsetzt. Schließlich habe es bislang mit den Flüchtlingen ein gutes Verhältnis gegeben.

Bodo Ramelow reagierte entsetzt. „Das war eine Brandstiftung an einem bewohnten Gebäude und damit ein Anschlag auf Leib und Leben von Menschen, die in Thüringen Schutz suchen“, erklärte der Ministerpräsident. Gewalt und Hetze dürften keinen Platz in Thüringen haben. „Ein Brandanschlag auf ein bewohntes Haus, ist der Versuch zu morden. Die Brandreden werden zunehmend sichtbar zu Brandsätzen“, so die erschütterte Reaktion von Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landespartei-vorsitzende.

Sollte sich die Vermutung bestätigen, „ist dies eine an Feigheit und Menschenverachtung nicht zu überbietende Tat“, so die Landespolitikerin weiter. „Wenn Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und sich nichts sehnlicher wünschen als Frieden und Schutz, in unserem Land erneut um ihr Leben bangen müssen, dann ist dies ein Angriff auf unsere Gesellschaft, auf den Kern unseres demokratischen Miteinanders“, betont Susanne Hennig-Wellsow. Sie verwies darauf, dass sie eine zügige und konsequente Aufklärung der Tat und Verurteilung der Täter erwarte.

AfD sucht systematisch Kontakt in neonazistische Szene

Erneut hat ein Abgeordneter der Thüringer AfD der neonazistischen Zeitschrift „Zuerst!“ (Nr. 10/2015) ein In-

terview gegeben. Dazu erklärt die Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König:

„Die verbale Distanzierung der Thüringer AfD von Rechtsextremen und Neonazis ist nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben steht. Offenbar sucht die AfD systematisch den Kontakt auch in die extrem rechte Szene. Mit seinem Interview in der aktuellen Ausgabe der neonazistischen Zeitschrift ‚Zuerst!‘ beweist der AfD-Abgeordnete Thomas Rudy, dass seine Partei keine Berührungsängste nach ganz rechts außen hat. Wer seine kruden Thesen zur Flüchtlingspolitik vor einer Leserschaft aus Neonazis, Rechtsextremen und Nationalkonservativen ausbreitet, braucht sich nicht zu wundern, wenn auf die eigenen Aufmärsche auch rechte Hooligans, verurteilte Gewalttäter aus der NPD, wie Patrick Wieschke und Enrico Biczysko, oder Aktivisten der Holocaust-Leugner-Vereinigung ‚Europäische Aktion‘ kommen. Die Behauptung der AfD, sie grenze sich von Rechtsextremen und Neonazis ab, ist eine Lüge – das Interview von Thomas Rudy in der ‚Zuerst!‘ stellt einen weiteren Beleg dafür dar.“

Der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Thüringer AfD, Björn Höcke, hat wiederholt Zeitschriften und Zeitungen der extremen Rechten Interviews gegeben, unter anderem der ‚Zuerst!‘, der ‚Sezession‘ und der ‚Jungen Freiheit‘. ■

Asylverfahren für eritreische Flüchtlinge beschleunigen

Mit Blick auf die Demonstration eritreischer Flüchtlinge am 2. Oktober in Erfurt (dabei hatten sie auch Station am Landtag gemacht, s. Foto), die anlässlich des Tages des Flüchtlings auf unerträglich lange Asylverfahren aufmerksam gemacht hatten, haben sich die flüchtlingspolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag, Sabine Berninger (DIE LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), mit einem Offenen Brief an den neuen Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise, gewandt, um auf eine Beschleunigung der Asylverfahren eritreischer Flüchtlinge zu drängen.

Angesichts der andauernden Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen in Eritrea hätten eritreische Flüchtlinge eine fast 100-prozentige Anerkennungschance. Daher sei es unverständlich, wenn an der durchschnittlich 14 Monate langen Verfahrensdauer festgehalten werde und die Menschen so lange im Ungewissen blieben, betonten die Sprecherinnen der rot-rot-



grünen Koalitionsfraktionen. In dem Brief an Bamf-Chef Weise bitten die Absenderinnen darum, diesen Zustand zu beenden, indem Weise beim Bundesinnenminister auf eine schnellere Regelung hinwirke, solange der 'normale' Verfahrensverlauf nicht beschleunigt werden könne. Eine Möglichkeit wäre, Eritreern und Eritreerin-

nen, die eine bestimmte Zeit ihren Aufenthalt (mit Asylantragstellung) in der Bundesrepublik haben, unkompliziert den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zuzuerkennen und eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erteilen. Vorstellbar wäre eine Aufenthaltsdauer von sechs Monaten. ■